

Bei Schimmel droht erneut Stellenabbau

Mitarbeiter der Adelsheimer Firma traten gestern in Warnstreik – Tarifverhandlungen und Beschäftigungssicherungsvertrag gefordert

Adelsheim. (bg) In einen Warnstreik getreten sind gestern zahlreiche Beschäftigte der Adelsheimer Firma Schimmel, nachdem die Unternehmensleitung nach Angaben der IG Metall seit Jahren Entgeltsteigerungen ablehnt, sich Tarifverhandlungen verweigert, Löhne nicht punktuell zahlt und jetzt Produktionsverlagerungen nach Osteuropa angekündigt hat. Die Gewerkschaft befürchtet, dass die Geschäftsführung mindestens 20 Prozent der derzeit 196 Stellen im Betrieb in der Industriestraße streichen will. Mit der Arbeitsniederlegung und einer Kundgebung in der Innenstadt protestierten die Mitarbeiter gegen die Pläne und forderten die sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen und den Abschluss eines Beschäftigungssicherungsvertrags.

Das auf die Fertigung von Präzisionsdrehteilen aus zerspanbaren Werkstoffen sowie auf Filtertechnologie aus Kunststoff und Metall spezialisierte Unternehmen war im Jahr 2008 von Dr. Gerhard Osenberg übernommen worden. Seither mussten Mitarbeiter immer wieder um ihre Jobs bangen, 2009 erhielten über 60 Beschäftigte die Kündigung.

In der jüngeren Vergangenheit wurden aus den Reihen der Belegschaft und von Seiten der Gewerkschaft zunehmend Klagen über nicht eingehaltene Zusagen der Geschäftsführung, Unterbezahlung, unfaire Arbeitsbedingungen und ein schlechtes Betriebsklima laut. Mittlerweile sei man bei Schimmel, wie die

IG Metall feststellt, „weit von einem normalen Arbeitsleben entfernt.“

Für Mitarbeitervertreter und IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim war nach den Erfahrungen der letzten Zeit jetzt „das Maß voll“. Sie riefen gestern zum Warnstreik auf, dem sich zahlreiche Mitarbeiter anschlossen. Am Betrieb in der Industriestraße und auf einer Kundgebung in der Innenstadt machten sie mit Transparenten und Trillerpfeifen ihrem Unmut über die Firmenleitung Luft.

In einem Gespräch mit der RNZ und im Verlauf der gestrigen Streikaktion unterstrich der Tauberbischofsheimer IG-Metall-Sekretär Türker Baloglu die Forderungen der Gewerkschaft und der Belegschaft und übte scharfe Kritik an der Geschäftsführung, die sich „auf einem Irrweg“ befinde.

Seit fünf Jahren habe es im Unternehmen keine Lohnerhöhung mehr gegeben, der – zumeist ohnehin in der untesten tariflichen Entgeltgruppe liegende – Monatslohn werde unpünktlich überwiesen, die zur Abgeltung von Urlaub- und Weihnachtsgeldansprüchen der letzten Jahre zugesagte Jahressonderzahlung werde nicht pünktlich, in Monatsraten gestückelt oder auch gar nicht ausbezahlt, die bezahlte Erholungspause für die Kunststoffabteilung trotz entsprechender Betriebsvereinbarung nicht gewährt.

Auch seien die Verhandlungen über den letzten Sozialplan nach wie vor noch

nicht abgeschlossen, das heißt: Mitarbeiter, denen 2009 gekündigt wurde, warten noch immer auf Entschädigung.

Im Betrieb werde zugleich der Druck auf die Mitarbeiter permanent erhöht; „das gleich einer ständigen Angstmasche“, stellt Baloglu fest.

In dieses Muster der Geschäftspolitik passe, dass die Firmenleitung auf Forderungen nach Entgelttarifverhandlungen im Februar plötzlich mitgeteilt habe, über eine Produktionsverlagerung in die Slowakei nachzudenken. Dies würde wenigstens 20 Prozent der Beschäftigten in Adelsheim und dabei überwiegend Frauen betreffen. Dem Betriebsrat sei inzwischen ein Verlagerungsplan zugespielt worden, der deutlich mache, dass ein massiver Stellenabbau in Adelsheim „von langer Hand geplant“ wurde, während Schimmel-Chef Osenberg lediglich den Wegfall „des einen oder anderen Arbeitsplatzes“ angekündigt habe.

Die Gewerkschaft will nun von einem unabhängigen Prüfer klären lassen, ob es für eine Stellenverlagerung betriebswirtschaftliche Gründe gibt und ob das Unternehmen, wie behauptet, tatsächlich finanziell außerstande ist, der Forderung nachzukommen, die Tarifverträge der IG Metall bei Schimmel anzuwenden.

Zumindest verlange die Gewerkschaft dann einen Beschäftigungssicherungsvertrag für die Mitarbeiter, machte Baloglu mit Nachdruck deutlich und kündigte für den Fall, dass sich die Geschäftsführung nicht bewegt, zugleich

„massive“ weitere Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen an. Ein unbefristeter Streik sei denkbar.

Man wisse zwar, dass die Firma Schimmel noch Kredite tilgen müsse und in der heutigen Wirtschaft manchmal Produktionsverlagerungen in Billiglohnbereiche nicht zu verhindern seien.

Andererseits bestehe kein Zweifel daran, dass Schimmel „super Produkte“ und einen guten Ruf bei renommierten großen Kunden habe und dass die Produktivität gerade auch in der Kunststoffabteilung, die zusammen mit der Stanzerei vom Stellenabbau betroffen sein würde, erheblich gesteigert worden sei. Jeder Beschäftigte leiste seinen Beitrag zum Erreichen der Umsatzziele. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Firma die Gegenleistungen dafür verweigere, machte der Gewerkschaftler klar.

Das Verhalten der Schimmel-Gesellschaft sei „eine Sauerei“, betonte Baloglu auf der von zahlreichen Passanten aufmerksam verfolgten Kundgebung gestern auf der Zufahrt zum Schloss neben dem Rossparkplatz (ein anderer geeigneter Platz stand nicht zur Verfügung). Er warf dem Firmenchef Managementfehler und Unfairness vor und forderte ihn dazu auf, umgehend Verhandlungen aufzunehmen, um zu einer guten Lösung für beide Seiten zu kommen.

Es sei, so Baloglu, „auch Aufgabe der Gewerkschaft, dazu beizutragen, dass es für den Betrieb gut weitergehen kann.“